



FDP-Minister Pinkwart will die erfolgreiche unabhängige EnergieAgentur.NRW zugunsten einer ihm unterstellten, deutlich kleineren Landesagentur abwickeln.

Pressemitteilung

Hände weg von der EnergieAgentur.NRW

Petition zum Erhalt der bewährten Institution gestartet

Nach 30 Jahren erfolgreicher Arbeit will NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart, FDP, die unabhängige EnergieAgentur.NRW zum Jahresende 2021 abwickeln und 160 qualifizierte Mitarbeitende freisetzen. Die neue Landesgesellschaft, die direkt dem Ministerium unterstellt wird, soll im Januar mit gerade mal 20 Planstellen starten und erst langsam ausgebaut werden. Nach einem Offenen Brief hat das Klimabündnis Bielefeld nun eine Petition zum Erhalt der EnergieAgentur.NRW initiiert. Unterstützt wird die Petition unter anderem von der Deutschen Umwelthilfe DUH und vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland BUND.

Bielefeld, 7. Mai 2021 NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart will die EnergieAgentur.NRW zum Jahresende schließen. 1990 war sie gegründet worden, um das Land NRW bei der Energiewende zu unterstützen. Sie ist so erfolgreich, dass in zahlreichen Bundesländern und auch im EU-Ausland ähnliche Einrichtungen gegründet wurden. Derzeit beschäftigt die Energieagentur 160 hochqualifizierte und engagierte Mitarbeitende. Als Ersatz wird die

IN4climate.NRW GmbH, die 2018 als Plattform für die Umsetzung einer klimaneutralen Industrie gegründet worden war, als Landesgesellschaft umgewandelt und ist direkt dem Ministerium unterstellt. Sie startet im Januar mit gerade mal 20 Planstellen und soll erst langsam ausgebaut werden.

Gegen die Schließungspläne von Andreas Pinkwart regt sich immer mehr Widerstand, unter anderem von der Deutschen Umwelthilfe DUH und vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland BUND. „Der Klimaschutz kann nur dann Fahrt aufnehmen, wenn es gelingt, die Menschen vor Ort – Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen – kontinuierlich zu beraten und zu unterstützen“, erklärte dazu der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht: „Mit der Zerschlagung der EnergieAgentur.NRW setzt die Landesregierung ein völlig falsches Signal.“

Das „Klimabündnis Bielefeld“ hat jetzt eine Petition gestartet, um die Pläne zu stoppen. „Das Bundesverfassungsgericht hat gerade in einem richtungsweisenden Urteil die Politik dazu verpflichtet, beim Klimaschutz entschiedener und schneller zu handeln. Und die nordrhein-westfälische Landesregierung will eine für den Klimaschutz wichtige und bewährte Einrichtung wie die EnergieAgentur.NRW einfach abwickeln. Wir halten das für skandalös.“, sagt Romy Mamerow, eine der Initiator*innen der Petition: „Pinkwart will eine neue Einrichtung aufbauen, die auf seinen industriepolitischen Kurs beim Klimaschutz ausgerichtet und ihm direkt unterstellt ist. Viele Aufgabenfelder, die die Energieagentur seit vielen Jahren erfolgreich abdeckt, würden ersatzlos wegfallen.“

Die Initiator*innen der Petition fordern von der Landesregierung mehr Engagement bei der Klimapolitik und Kontinuität bei bewährten Strukturen. Meret Karenfort, Sprecherin des Klimabündnisses Bielefeld und Aktivistin bei Fridays For Future: „Wir brauchen bei den großen Weichenstellungen mehr Ehrgeiz. Ein Kohleausstieg bis 2038 passt nicht zu dem neuen Urteil des Bundesverfassungsgerichts, ebenso die Restlaufzeit für den Braunkohletagebau. Wir brauchen aber auch wirksamen Knowhow-Transfer und Technologieentwicklung durch eine unabhängige Beratungseinrichtung. Genau das leistet die EnergieAgentur.NRW. Deshalb muss sie erhalten bleiben.“

Link zur Petition „Hände weg von der EnergieAgentur.NRW“: <http://chnq.it/9GnGHM2SSn>

Kontakt Presse

Romy Mamerow | info@klimabuendnis-bielefeld.de | Tel.: 0177.6786951

Klimabündnis Bielefeld

Das Klimabündnis Bielefeld ist ein Zusammenschluss von 30 Organisationen und Initiativen. Ziel ist es, die Aktivitäten gegen den Klimawandel und für ökologische und soziale Gerechtigkeit auf lokaler Ebene zu bündeln. Im Fokus steht die Kommunalpolitik im Rat, den Ausschüssen und den Beiräten (vor allem dem Klimabeirat). Mit Aktionen sollen aber auch außerhalb der Ratspolitik in der Öffentlichkeit auf Missstände aufmerksam gemacht und Forderungen erhoben werden.

www.klimabuendnis-bielefeld.de